

Wie schaffen wir dem deutschen Volke Arbeit und Brot?

Drei Vorträge

gehalten

in Köln am 1. März 1926 anlässlich der General-
versammlung der Vereinigung von Banken und
Bankiers in Rheinland und Westfalen e. V.

von

Dr. Georg Solmssen

Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft, Berlin

Dr. Paul Silverberg

Generaldirektor

der Rheinischen Aktien-Gesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, Köln

Professor Dr. Christian Eckert

Geheimer Regierungsrat,

geschäftsführender Vorsitzender des Kuratoriums der Universität Köln



Berlin und Leipzig 1926

Walter de Gruyter & Co.

vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung / J. Guttentag, Verlags-
buchhandlung / Georg Reimer / Karl J. Trübner / Veit & Comp.

Vortrag des Herrn Dr. Solmssen.

Meine sehr verehrten Herren! Gestatten Sie mir zuerst ein persönliches Wort. Es war mir vergönnt, Jahre hindurch als Vorsitzender an der Spitze der Vereinigung von Banken und Bankiers in Rheinland und Westfalen zu stehen, Jahre schweren Kampfes, Jahre fremder Besatzung, und so werden Sie es begreifen, daß ich heute voll tiefer Bewegung vor Sie trete, um im Anschluß an Ihre erste, wieder im freien Köln abgehaltene Generalversammlung das Wort zu der von Ihrem Präsidium gestellten Frage zu ergreifen: „Wie verschaffen wir dem deutschen Volke Arbeit und Brot?“

Diese Frage ist gleichbedeutend mit der größeren, unsere nationale Existenz umfassenden Frage: „Wie verschaffen wir dem deutschen Volke wieder seine Freiheit?“ und so paßt denn dieses Thema so recht für die erste Ihrer Veranstaltungen, die im wieder frei gewordenen, heiligen Köln tagt.

Den Begriff der Freiheit werde ich darum für alles, was ich Ihnen zu sagen habe, als Leitstern betrachten; denn die Wirtschaftspolitik hat sich in den größeren Begriff der Volkspolitik einzuordnen. Für diese sehe ich aber als das einzige Ziel, dem sie unverrückbar zusteuern muß, die Freiheit an; zunächst wirtschaftliche Freiheit; denn sie ist die Vorstufe politischer Freiheit. Ohne wirtschaftliche Freiheit werden wir nie wieder politisch frei werden! Wir werden aber die wirtschaftliche Freiheit nie erringen, wenn wir nicht den entschlossenen Mut politischer Selbsterhaltung gegen uns und andere aufzubringen wagen!

Wenn ich beauftragt bin, als Bankpraktiker zu Ihnen zu sprechen, so bitte ich, mir nicht zu verargen, wenn ich mich bemühe, die Dinge von neutralem Standpunkt aus zu schildern. Wir Bankiers sind gehalten, immer wieder zu versuchen, die Wirtschaft als solche, frei von Standesinteressen zu begreifen, weil uns jeder Zweig der Wirtschaft als heischender entgegentritt und wir als Verwalter fremden Geldes pflichtgemäß jedem dieser Zweige gegenüber eine objektive Stellung einzunehmen haben.

Die Ansicht ist verfehlt, die glaubt, daß der Bankier ein Wettermacher der Wirtschaft sei. Wir können nichts, als das Barometer ihres Zustandes ablesen und danach unsere Entschlüsse fassen, und diese müssen in erster Linie dafür sorgen, daß unsere Betriebe liquid bleiben; denn, meine Herren, hinter uns stehen unsere Depositengläubiger, und die würden uns mit Recht auf's schwerste tadeln, wenn wir ihnen eine Liste schön eingefrorener Kredite zeigten und ihnen eines Tages sagten: seht, diese Schuldner zahlen uns nicht, darum können wir unsere Schulden an euch nicht bezahlen. Darum muß die Kreditpolitik der Banken und Bankiers sich stets einstellen auf die Frage: wie bleiben wir selbst liquid, und darin liegt der Zwang, sich in den durch die Wirtschaftsflage vorgeschriebenen Bahnen zu bewegen.

Einen Einblick in diese Bahnen, wie sie sich für die Banken aus der Lage des Geldmarktes ergeben, liefern die folgenden Ziffern.

Es betrug in Milliarden die Gesamtsumme der Kreditoren der sechs Zweimonatsbilanzen veröffentlichenden Berliner Großbanken:

	am 30. Juni 1913	am 30. Juni 1925.
	M. 4,4	M. 3,1
Davon waren fällig		
innerhalb 7 Tagen	M. 2,4	M. 1,7
innerhalb 3 Monaten	„ 1,3	„ 1,4
nach 3 Monaten.....	„ 0,7	„ 0,07

Diese Zusammenstellung zeigt einmal, daß die bei den fraglichen Banken überhaupt verfügbaren Gelder summenmäßig um 1,3 Milliarden M. zurückgegangen waren; des weiteren ergibt sich aber innerhalb dieser Beträge eine erhebliche Verschiebung zugunsten des kurzfristig angelegten und zuungunsten des langfristig angelegten Geldes. Das länger als drei Monate den Banken überlassene Geld machte in der Mitte des Jahres 1925 nur noch etwas über 2% der Gesamtsumme aus, gegenüber mehr als 15% zu der gleichen Zeit des Jahres 1913. Abgesehen davon, daß die Banken bei solcher Fristsetzung ihrer eigenen Kreditoren gar nicht anders können, als ihre eigenen Ausleihungen den ihnen selbst vorgeschriebenen Dispositionen ihrer Geldgeber anzupassen, müssen sie aus der sich in dieser Statistik offenbarenden Tendenz des Geldmarktes, sich, selbst unter Zinseinbuße, möglichst weitgehende Bewegungsfreiheit zu sichern, die Schlußfolgerung ziehen, stets auf plötzliche Rückforderungen ihrer Gläubiger gefaßt zu sein. Ich will auf die Gründe dieser Erscheinung an dieser Stelle nicht eingehen. Es genügt, sie hervorzuheben, um zu zeigen, daß der Gang der Wirtschaft die Gesetze für die private Kreditpolitik der Banken diktiert.

Wie schaffen wir dem deutschen Volke Arbeit und Brot? Daß es nötig war, diese Frage zu stellen, zeigt den vollen Ernst der Lage, in der sich unser Vaterland befindet; denn hinter dieser Frage steigt drohend das Gespenst des Hungers und der Verelendung auf.

Die längst latent bestehende Arbeitslosigkeit, deren Vorhandensein wir der Entente noch bei Erörterung des Dawes-Planes vergeblich gepredigt haben, ist nunmehr jedem faßbar vor Augen getreten. Ich brauche, um sie zu kennzeichnen, nur die Ziffern zu wiederholen, die der Reichsfinanzminister, Herr Reinhold, in seiner am 10. Februar d. J. gehaltenen Programmrede genannt hat: 2 000 000 Erwerbslose, 2 600 000 Zuschlagsempfänger, 2 500 000 Kurzarbeiter am 1. Februar! Nimmt man dazu,

daß im Jahre 1925 10 813 Konkurse und 5 462 Geschäftsaufsichten verhängt wurden und die Zahl der Konkurse im Januar 1926 auf 2013 und im Februar 1926 auf 1920 und die Zahl der Geschäftsaufsichten in den gleichen Monaten auf 1428 bzw. 1465 gestiegen ist, so bedarf es keines weiteren Beweises dafür, wie schwer unsere Wirtschaft ringt, um unserem Volke Arbeit und Brot zu geben und wie bedrohlich sich die Dinge bereits zugespitzt haben.

Dabei befindet sich Deutschland in einer Finanzlage, wie sie schwieriger kaum gedacht werden kann und die sich immer wieder vor Augen zu führen, gut tut, um nicht dem Fehler zu verfallen, die gegenwärtige Krisis nur börsenmäßig als das Wellentief einer absteigenden Konjunkturperiode zu betrachten, das sich im Wechsel der Periode gleichsam automatisch zu ansteigender Kurve erheben werde. So einfach liegen die Dinge nicht! Die Fragen, die es jetzt zu lösen gilt, müssen mit tiefer greifenden Überlegungen angepackt werden; es handelt sich jetzt um mehr als vorübergehende Erscheinungen; es handelt sich um die Zielsetzung für die Zukunft von Jahrzehnten, um das Wohl und Wehe von Generationen, mit einem Worte darum, ob wir wieder frei werden oder Sklaven bleiben wollen.

Den Angelpunkt unserer Lage bildet unsere uns fesselnde Abhängigkeit vom Auslande. Dieselbe prägt sich aus:

1. in den Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan und den Londoner Abmachungen, die, alles zusammengenommen, uns für die Jahre 1924 bis 1929 inklusive eine Gesamtverpflichtung von mindestens 7,6 Milliarden M. und von dann an von jährlich 2,5 Milliarden M. auferlegen;

2. in der Passivität der Handelsbilanz, die vom September 1924 bis zum August 1925 auf 4,3 Milliarden M. angestiegen war.

Mag man auch darauf hinweisen, daß der Dawes-Plan von vornherein als unerfüllbar bezeichnet worden ist, daß seine Durchführung an der Unmöglichkeit der Transferie-

rung der geschuldeten Summen scheitern werde, daß die Passivität der Handelsbilanz mit auf die mit 3 bis 3½ Milliarden M. geschätzte Zufuhr fremden Kapitals zurückzuführen sei — es bleibt die Tatsache bestehen, daß wir, teils durch Vertrag, teils durch Verarmung, dem Auslande in so ungeheurem Umfange tributpflichtig geworden sind, daß sich daraus die schwersten Gefahren für unsere nationale Selbständigkeit ergeben können. Diesen Gefahren muß ins Auge gesehen werden, nüchtern und unbeeinflußt von allen zurzeit so beliebten verschwommenen Ideen über internationale Zusammenschlüsse. Es mag sein, daß die Menschheitsentwicklung einer Periode internationaler Verständigungen entgegenschreitet; es mag sein, daß sich die europäischen Staaten ihrer Selbsterhaltung zu Liebe zu engerer Zollunion zusammenschließen werden — all' das sind Zukunftspläne, die uns heute und morgen nicht satt machen und die an der Tatsache nichts zu ändern vermögen, daß Deutschlands Wirtschaft in weitestem Umfange in den Dienst fremder Interessen gestellt ist, zum Schaden seiner Volksangehörigen. Solange diese tributäre Abhängigkeit dauert, müssen Arbeit und Brot bei uns karg sein; denn was hilft es, wenn die Reparationsleistungen aus dem Staatssäckel bezahlt werden? Für die Leere dieses Staatsäckels müssen wir doch alle wieder selbst aufkommen. Darum müssen im ureigensten Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft alle Kräfte eingesetzt werden, um ihr die Freiheit wiederzugewinnen und dadurch die Vorbedingungen für Abschüttelung der uns auch politisch fesselnden Bande zu schaffen. Zu all' dem wird uns niemand verhelfen, wenn wir uns nicht selbst helfen. Diese Selbsthilfe muß zielbewußt darauf gerichtet sein, uns wirtschaftlich wieder auf eigene Füße zu stellen, d. h. die Verpflichtungen aus dem sogenannten Friedensvertrage zu erfüllen, soweit die Erfüllung möglich ist, aber auch nicht darüber hinaus, und unsere Wirtschaft so umzustellen, daß wir wieder zu einer ausbalanzierten Handelsbilanz kommen, d. h. nicht mehr importieren, als wir mittels Export zu bezahlen in der Lage sind.

Nur die entschlossene Durchführung eines derart umschriebenen Programmes kann uns davor bewahren, in dauernde finanzielle Schuldknechtschaft zu versinken und damit kulturell und national zu Trabanten uns wesensfremder Gebieter zu werden. Wenn wir die Kraft zur Abwendung dieses Unheils nicht finden und es nicht über uns bringen, uns zu diesem Zwecke einheitlicher, zielbewußter Führung zu unterwerfen, so wird uns nichts davor bewahren, dem *vae victis* zu erliegen, das ins Moderne übersetzt lautet: *il y a vingt millions d'allemands de trop*.

Wie brennend nötig unsere wirtschaftliche Befreiung von ausländischer Herrschaft ist und welche Gefahren die Hinnahme des gegenwärtigen Zustandes als Dauereinrichtung in sich birgt, erhellt, wenn man den Bericht des Reparationsagenten vom 30. November 1925 durchsieht. Der darin zutage tretende Optimismus zeugt von einer sehr einseitigen Auffassung der Sachlage, die vom Standpunkt seiner Verfasser durchaus verständlich ist; denn der Bericht kann voller Genugtuung konstatieren, daß die planmäßigen Zahlungen und Leistungen an die Gläubigerstaaten regelmäßig und den Erwartungen entsprechend vor sich gegangen sind. Der Reparationsagent betrachtet eben — was politisch begreiflich ist — Deutschland lediglich vom Standpunkt des Gläubigers, den der Schuldner nur so weit interessiert, als er pünktlich zahlt. Wie das der Schuldner zustande bringt, ist dem Vertreter der Gläubigerstaaten herzlich gleichgültig.

Es ist an uns, mit allem Nachdruck der Feststellung dieses Berichtes zu widersprechen, daß der Dawes-Plan die Festsetzung dessen gesichert hat, was auf Grund tatsächlicher Erfahrung ohne Nachteil als Reparation gezahlt und übertragen werden könne. Die Sorge für den weiteren Transfer können wir den Ententestaaten überlassen, aber daß hinter den geleisteten Zahlungen Not und Elend größten Umfanges stehen, das wollen wir vernehmlich aussprechen.

Wie falsch der Reparationsagent die Lage beurteilt, beweist seine Darstellung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Er hebt hervor, daß die Zahl der Arbeitslosen im Herbst 1925 zwar ein gewisses Ansteigen gegenüber den Vormonaten zeige, aber gegenüber dem Vorjahr erheblich gesunken sei. Daß sich jeder einigermaßen mit den Verhältnissen Vertraute Ende November 1925 darüber klar sein mußte, daß dieser Winter ein entsetzliches Ansteigen der Arbeitslosigkeit als Symptom einer außerordentlich schweren Krisis bringen würde, war dem Reparationsagenten unbekannt geblieben. Er sieht Anzeichen der Besserung, weil wir unseren Verpflichtungen getreulich nachgekommen sind; um welchen Preis das geschehen ist, interessiert ihn nicht. Die Not unserer Landwirtschaft ist ihm völlig fremd.

Das vernichtendste, aber durchaus richtige Urteil, das über den Bericht des Reparationsagenten gefällt worden ist, stammt von keinem Geringeren als J o h n M a y n a r d K e y n e s. Er sagt in einem am 6. Februar d. J im „Spectator“ veröffentlichten Artikel:

„Ich habe von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, daß das Reparationsproblem, sobald man wirklich an dessen Lösung mit Ernst herangeht — und das geschieht jetzt zum ersten Male — ein Lohnproblem für den deutschen Arbeiter werden muß.

Die ganze Tätigkeit des Transferkomitees wird sich also — und je länger die Zeit dauert, in einem um so schärferen Maße — darauf konzentrieren, den Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft herabzudrücken. Die erste Phase des Dawesplanes hat Deutschland die ihm so notwendige Atempause gegeben und ihm gestattet, seinen Kredithunger durch Auslandsanleihen zu stillen. Von dieser Entwicklung hat natürlich die deutsche Arbeiterschaft profitiert. Die gefährliche Arbeitslosigkeit, die wir jetzt erleben, ist meiner Meinung nach die erste Episode der zweiten Phase, nämlich des Versuches, Preise und Löhne durch ein System der Krediteinschränkung künstlich herabzudrücken. Ich